

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 6. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. März 2010, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

i.V. von Werner Kalinka

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

i.V. von Katja Rathje-Hoffmann

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungsanstalt Hamburg	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/224	
2. Bedarfsgerechte Regelsätze für Erwachsene und Kinder	5
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/257 (neu) - 2. Fassung - Nr. 2	
3. Aktuelle Situation der Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen in Schleswig-Holstein	6
Antrag der Abgeordneten Marret Bohn und Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 17/462	
4. Aktuelle Situation der Finanzierung der Aidsberatungsstellen in Schleswig-Holstein	7
Antrag der Abgeordneten Marret Bohn und Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 17/462	
5. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Sassen beantragt, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betr. **Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen**, Drucksache 17/261, von der Tagesordnung abzusetzen. - Abg. Heinemann regt an, dazu eine Anhörung der Kassenärztlichen Vereinigung, der AOK und der Ersatzkassen durchzuführen. - Abg. Sassen schlägt vor, zunächst die Stellungnahme der Landesregierung abzuwarten. - Der Ausschuss setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Abg. Baasch beantragt, den Punkt **Bundeszuschuss für Kosten der Unterkunft und Heizung**, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/87, sowie Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/143, wegen des noch ausstehenden Ergebnisses des Vermittlungsausschusses von der Tagesordnung abzusetzen. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Die insoweit geänderte Tagesordnung wird vom Ausschuss gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/224

(überwiesen am 26. Februar 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Sozialausschuss)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs einholen wolle. Er schlägt vor, sich diesem Verfahren anzuschließen. - Der Ausschuss beschließt dies.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bedarfsgerechte Regelsätze für Erwachsene und Kinder

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/257 (neu) - 2. Fassung - Nr. 2

(überwiesen am 24. Februar 2010)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, die Nummer 2 des Antrags Drucksache 17/257 (neu) - 2. Fassung - abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktuelle Situation der Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten Marret Bohn und Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 17/462

AL Börner berichtet, vor dem Hintergrund der bekannten Finanzlage seien die Schuldnerberatungsstellen bei den Abschlagszahlungen darauf hingewiesen worden, dass bis zum heutigen Tage bei Sachmitteln nur 50 % zur Verwendung freigegeben gewesen seien. Es sei ebenfalls darauf hingewiesen worden, dass nach Auflösen der globalen Minderausgabe die gesperrten Mittel wieder freigestellt würden. Die Haushaltssperre sei nunmehr - vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzministers - aufgehoben worden, sodass alle veranschlagten Mittel in diesem Jahr zur Verfügung stünden.

Auf Nachfrage des Abg. Andresen erläutert AL Börner, den Schuldnerberatungsstellen sei dies bisher noch nicht mitgeteilt worden; die Entscheidung sei erst am gestrigen Abend gefallen. Aussagen über die Haushaltsaufstellung für die Jahre 2011 ff. könne er im Moment keine treffen. Dieser Aufgabenbereich stehe im Zentrum des politischen Interesses von M Dr. Rumpf und gehöre zu den Kernaufgaben, die die Landesregierung zu erledigen habe. Im Übrigen handele es sich um eine Pflichtaufgabe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Aktuelle Situation der Finanzierung der Aidsberatungsstellen in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten Marret Bohn und Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 17/462

St Dr. Bonde legt dar, in diesem Haushaltsjahr werde es keine 10-prozentige Kürzung dieser Mittel geben. Die Förderung der Aidsberatungsstellen werde in diesem Jahr in voller Höhe, wie im Haushalt veranschlagt, geleistet werden. Da hier auch keine Haushaltssperre vorhanden gewesen sei, seien auch die bisherigen Zahlungen nach dem üblichen Verfahren geleistet worden.

Abg. Dr. Bohn erkundigt sich danach, ob geplant sei, die Zahlungen daran zu knüpfen, dass die Aidsberatungsstellen einen bestimmten Träger hätten.

St Dr. Bonde versichert, dass es in diesem Jahr keine Änderung geben werde. Bezüglich der künftigen Ausgestaltung gebe es Gespräche und Überlegungen darüber, ob die Zuwendungsverfahren gebündelt werden könnten. Es gebe aber noch kein Ergebnis.

Abg. Sassen möchte wissen, ob Erfahrungswerte durch die Schwerpunktsetzung bei den Beratungsstellen vorlägen. St Dr. Bonde sagt zu, dieser Frage nachzugehen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende legt dar, die Landesregierung habe dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Heilberufekammergesetzes vorgelegt und bitte darum, dieses Gesetz in der März-Tagung in erster und zweiter Lesung zu beraten. Für die Beratung des Sozialausschusses schlage er Donnerstag, den 18. März 2010, 13 Uhr, vor.

St Dr. Bonde gibt einen kurzen Überblick über den Inhalt der Änderung des Gesetzentwurfs (s. Drucksache 17/356 A. Problem und B. Lösung).

Die Vertreter der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben ihrer Verärgerung darüber Ausdruck, dass weder der Ausschuss noch die sozialpolitischen Sprecher im Vorwege über dieses Gesetz und dessen Eilbedürftigkeit informiert worden ist. Sie halten eine notwendige Prüfung des Gesetzentwurfs auch im Hinblick auf mögliche Kosten und die Zusammensetzung der Ethikkommission für notwendig und äußern Unverständnis für die Eilbedürftigkeit.

Abg. Abg. Heinemann legt dar, er halte dies nicht für ein geordnetes Verfahren. Dem schließt sich Abg. Dr. Bohn an. Die hier vorgeschlagenen Äußerungen müssten sorgfältig erörtert werden. Gegebenenfalls müsse eine Anhörung durchgeführt werden. Gerade, wenn es um eine Ethikkommission gehe, müsse eine gründliche Prüfung stattfinden. Abg. Baasch hält die Informationslage für dürftig.

St Dr. Bonde betont, dass auf Bundesebene das Gesetz zur Änderung der medizinprodukterechtlichen Vorschriften am 21. März 2010 in Kraft trete. Danach müsse eine Ethikkommission eingerichtet werden. Für sie sei gegenwärtig nicht absehbar, welche Auswirkungen es hätte, wenn die Ethikkommission in Schleswig-Holstein zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt würde. Sie sagt zu, dieser Frage nachzugehen.

Abg. Sassen legt dar, auch den Regierungsfractionen habe der Gesetzentwurf bislang nicht vorgelegen, obwohl offensichtlich eine besondere Eilbedürftigkeit bestehe.

St Dr. Bonde sagt zu, dem Ausschuss die gewünschten Informationen so schnell wie möglich zukommen zu lassen.

Sie geht auf die Missfallensäußerungen bezüglich des Verfahrens ein und sagt zu, künftig besser zu koordinieren und die Abgeordneten rechtzeitig einzubinden.

Abg. Dr. Bohn richtet einen generellen Appell an die Landesregierung, die Abgeordneten in Gesetzgebungsverfahren möglichst frühzeitig einzubinden.

Der Ausschuss verständigt sich auf den vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Sitzungstermin.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin